

Selbständiger Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cottbus/Chóšebuz – eine friedliche und offene Stadt voller Vielfalt

Der Landtag möge beschließen:

Die Stadt Cottbus/Chóšebuz ist seit einigen Monaten immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Einzelne Auseinandersetzungen zwischen einheimischen und geflüchteten Menschen, über die in Medien und sozialen Netzwerken ausführlich berichtet wurde, haben - zumal außerhalb der Region - den Eindruck entstehen lassen, in der Stadt herrsche ein aggressives Klima vor. Solche Darstellungen entsprechen weder der täglichen Lebensrealität in Cottbus noch der im Land Brandenburg. Dies belegen auch die jüngsten Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung.

Cottbus ist eine offene und lebendige Stadt voller Vielfalt. Für über 100.000 Menschen ist sie Wohnort und Lebensmittelpunkt, als „Hauptstadt“ der Brandenburger Lausitz ein Leuchtturm der Region. Bis heute prägen die sorbische/wendische Kultur, Sprache und Tradition Cottbus und sein Umland mit. Die in der deutsch-polnischen Grenzregion gelegene Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger pflegen vielfältige Kontakte zu den Nachbarn in Polen.

Cottbus ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort und für über 45.000 Menschen der Arbeitsort - insbesondere auch im Bereich der Energiewirtschaft. Daher ist die Strukturentwicklung in der Lausitz von besonderer Bedeutung auch für die Stadt. Viele große und hochspezialisierte mittelständische Unternehmen haben sich hier angesiedelt, nicht zuletzt wegen der industriellen Tradition und der guten Verbindungen der Stadt.

Cottbus ist ein Zentrum der Kultur. Das Staatstheater Cottbus, das Piccolo-Theater, das Brandenburgische Landesmuseum für moderne Kunst (Dieselkraftwerk) und der Branitzer Park wirken weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Cottbus ist ein Zentrum des Sports. Neben dem Olympiastützpunkt, der Lausitzer Sportschule Cottbus oder dem FC Energie Cottbus laden über 145 Sportvereine zum gemeinsamen Sport ein.

Cottbus ist ein Zentrum des Wissens. Mit der BTU Cottbus-Senftenberg ist die einzige Technische Universität Brandenburgs mitten in der industriell geprägten Lausitz angesiedelt. An der BTU sind rund 7.600 Studierende eingeschrieben, davon kommen etwa 2.000 aus dem Ausland. Insgesamt arbeiten und studieren Menschen aus über 100 verschiede-

nen Nationen in der Stadt.

Cottbus ist eine weltoffene Stadt. Seit fast zwanzig Jahren gibt es hier ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Region. Viele Menschen in Cottbus setzen sich aktiv für Toleranz, Frieden und Freiheit ein. Das Menschenrechtszentrum leistet einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung und Aufarbeitung auch mit dem Ziel, Verständnis und Hilfsbereitschaft für Menschen zu wecken, die in anderen Staaten politisch, rassistisch oder religiös verfolgt werden.

Cottbus ist eine starke Stadt in einer starken Region und hat überdurchschnittlich viele geflüchtete Menschen aufgenommen. Das führt zu besonderen Herausforderungen: Die Unterbringung, ausreichend Plätze in Kitas und Schulen sowie gute Angebote zur Integration sind dabei die wichtigsten Aufgaben. Damit die Integration gelingen kann, bedarf es neben den Angeboten auch der Bereitschaft der Geflüchteten, sich in die Gesellschaft einzugliedern und unsere Rechtsordnung zu achten. Fordern und Fördern gehören zusammen, das Erlernen der deutschen Sprache ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Kulturelle Unterschiede und besondere Herausforderungen führen auch zu Konflikten. Die richtige Antwort darauf ist das aktive Engagement und Werben für friedliche Verständigung und Ausgleich - gerade im alltäglichen Zusammenleben. Dagegen schaden das Schüren von Ängsten und Aggressionen bei Demonstrationen oder auch über soziale Netzwerke dem gesellschaftlichen Klima und damit letztlich allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt.

Dem Landtag ist bewusst, dass die Themen Asyl und Integration auf absehbare Zeit eine große Herausforderung für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden darstellen. Der Landtag sieht daher auch weiterhin die Notwendigkeit, allen Kommunen im Land Brandenburg aktiv bei der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen zu helfen und ihnen bei besonderen Herausforderungen zur Seite zu stehen.

Deshalb fordert er die Landesregierung auf:

1. die Integrationsbemühungen der Kommunen weiter zu unterstützen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die geplante Änderung der Erstattungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz mit dem Ziel, Migrationssozialarbeit für diejenigen Geflüchteten im ganzen Land zu finanzieren, die asyl- und bleibeberechtigt sind und somit dem Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II angehören.
2. die mit dem Nachtragshaushalt 2018 geschaffenen Möglichkeiten zur Förderung von kommunalen Integrationsmaßnahmen (kommunales Integrationsbudget) zeitnah umzusetzen und weiterzuführen.
3. die verstärkte präventive Polizeiarbeit fortzusetzen sowie die erhöhte Polizeipräsenz in Cottbus und weiteren Orten mit vergleichbaren Herausforderungen beizubehalten, solange der Bedarf dafür besteht.

4. die Integrationsbemühungen über die Förderung von Kultur- und Sportangeboten sowie im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulentwicklung weiter zu unterstützen.
5. die Debatte über Fragen von Asyl und Integration innerhalb der Bürgerschaft von Cottbus/Chóseebuz und anderen Orten mit vergleichbaren Herausforderungen ausgleichend zu begleiten. Dabei sollte auch geprüft werden, inwieweit die Landeszentrale für politische Bildung oder das Bündnis für Brandenburg diesen Prozess vor Ort unterstützen können.